

## **Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg und ihre Bedeutung für den Landesstreik<sup>1</sup>**

Maria Meier

Am 4. Juli 1918 legte der Regierungsrat von Basel-Stadt dem kantonalen Parlament einen Ratschlag zur «Verbesserung der Ernährungsverhältnisse» vor. Darin benannte er ungewohnt deutlich die Probleme in der städtischen Versorgung. Er hielt fest, dass die städtische Bevölkerung schwer unter der Not leide. Die Lebensmittelnot und damit verbunden das Gefühl von Benachteiligung hätten eine «starke Erregung» in der Bevölkerung hervorgerufen. Eine «Verbesserung der Ernährungsverhältnisse» sei dringend nötig, um Schlimmeres zu verhindern.<sup>2</sup>

### ***Entwicklung 1914 bis 1916***

Schon in den ersten beiden Kriegsjahren verzerrten die wachsende Teuerung, Handelshemmnisse und Verteilkonflikte den lokalen Lebensmittelmarkt, und sie zehrten an der wirtschaftlichen Substanz insbesondere der einkommensschwachen Bevölkerung. Denn trotz Kriegskonjunktur und vollen Auftragsbüchern der Industrie blieben die Löhne auf dem Vorkriegsniveau. Gleichzeitig entwickelte sich Basel bald zu einem Zentrum für Lebensmittelausfuhren – legalen und illegalen – nach Deutschland, wo sich früh Versorgungsschwierigkeiten abzeichneten.

Immer mehr Menschen gerieten so in Schwierigkeiten. Immer mehr Familien aus tiefen Einkommenschichten vermochten sich den alltäglichen Lebensmittelbedarf trotz Erwerbsarbeit nicht mehr zu sichern. Im Winter 1916/17 verschärfte sich die Ernährungssituation infolge Milch-, Kartoffel- und Buttermangel massiv und Basel drohte eine Lebensmittelnot. Erst jetzt reagierte die Politik mit konkreten Hilfsmassnahmen.

### ***Wende in der Lebensmittelpolitik***

Im Dezember 1916 wurde in Basel die Volksküche eröffnet, die allen Besuchern gleichermaßen, unabhängig von ihrem Wohnort und ihren finanziellen Möglichkeiten, zugänglich war. Sie bot Suppe für 10, Gemüse für 25 und Brot für 5 Rappen an. Schon bei der Eröffnung erwies sich die Volksküche aber als zu klein; sie musste in der Folge unter grossem Druck vergrössert werden.

In der Landwirtschaftspolitik schlug die freiwillige Produktionsförderung in einen Anbauzwang um, der die einzelnen Kantone zu einem Mehranbau von Getreide und Kartoffeln verpflichtete. In Basel schuf der Regierungsrat das kantonale «Anbauamt», das die verordnete «Hebung der Produktion» in den Kleingärten und der kantonalen Landwirtschaft vorantreiben sollte. In der Folge setzte sich in Basel eine Rhetorik der Anbauschlacht '*avant la lettre*' durch. Auf dem Stadtgebiet wichen nach und nach Sportplätze, Parkwiesen und private Ziergärten dem Lebensmittelanbau.

Die entscheidende Wende in der Lebensmittelpolitik leiteten allerdings die eidgenössischen Behörden ein. Im Frühjahr 1917 wurde die «Notstandsaktion» eingeführt, die für die untersten Einkommenschichten zuerst den Bezug von Reis, Zucker, Teigwaren, Maisgries, später dann von Milch, Brot, Petrol, Kartoffeln und Brennmaterial verbilligte. Gleichzeitig trat auch die vom Bundesrat verordnete rationierte Abgabe von Monopolwaren in Kraft. Kontingentiert und rationiert wurden zuerst Zucker und Reis – wenig später dann auch Milch und Teigwaren.

---

<sup>1</sup> Der Vortrag basiert auf der Dissertation «Von Notstand und Wohlstand. Die Basler Lebensmittelversorgung im Krieg 1914 – 1918» von Maria Meier (erscheint voraussichtlich 2018).

<sup>2</sup> Ratschlag des Regierungsrates an den Grossen Rat (Nr. 2163) betreffend Massnahmen zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse vom 4. Juli 1918, in: StABS Sanität O 3.1, 1918.

Dennoch verschlechterte sich die Situation infolge einer wetterbedingten schlechten Ernte und sinkender Importe, besonders von Getreide und Mehl. Im Oktober 1917 führte der Bundesrat die Brotkarte, die erste eidgenössische Rationierung, ein.

### ***Versorgungskrise und Lebensmittelnot***

Im Winter 1917/18 erreichte Basel eine Versorgungskrise von überraschender Intensität. Es mangelte an Milch, Brot, Kartoffeln, wichtigen Gemüsen wie Kohl, Rüben, Sauerkraut sowie an Fett und Käse. Die Folgen waren dramatisch. Im Jahr 1918 litten in der Stadt viele Menschen an Hunger, Unterernährung und wirtschaftlicher Not. Dem kantonalen Lebensmittelfürsorgeamt war es wegen des Mangels an wichtigen Inlandprodukten und aufgrund der knappen Zuteilung von Monopolwaren nicht möglich, die Ausfälle und die knappen Rationen zu kompensieren. Zahlreiche Arztzeugnisse und Unterstützungsgesuche von «notleidenden» Menschen mussten vom Markenbüro abgewiesen werden. Unterernährung, Mangelerscheinungen und andere Symptome existenzieller Not, wurden von der kantonalen Lebensmittelfürsorge nicht als Grund für Mehrzuteilungen anerkannt. Ihre Hauptaufgabe bestand angesichts der knappen Ressourcen und der steigenden Not hauptsächlich in der Verwaltung des Mangels.

Die Mangelverwaltung stellte sich jedoch als äusserst schwierig dar. Weil etwa die bestehende Monopolwarenabgabe von Zucker, Reis und anderen Importlebensmitteln kantonal geregelt war, unterschieden sich die Höhe der Rationen und deren Verteilung und Kontrolle von Kanton zu Kanton. Im Schatten dieses kantonalen Flickenteppichs entwickelte sich ein florierender Schwarzmarkt. Die Leidtragenden waren hauptsächlich einkommensschwache Bevölkerungskreise und städtische Regionen ohne eigene Landwirtschaft.

Um dem Mangel zu entfliehen, beteiligte sich 1918 beinahe die gesamte Basler Bevölkerung am Schwarzhandel. Die Schattenwirtschaft drohte, die gesamte staatliche Kriegswirtschaft zu untergraben. In Basel bekämpfte die Lebensmittelpolizei den Schwarzmarkt deshalb unerbittlich.

Neben dem Markensystem und dem Lebensmittelhandel überprüften die Behörden in Basel systematisch auch private Keller, Dachstöcke und Vorratskammern. Dies hatte eine enorme Zunahme von Verzeigungen, Denunziationen und Gerichtsurteilen zur Folge.

Der Schwarzmarkt blühte aber auch über die nationalen Grenzen hinweg und dies trotz Verschärfungen der Ausfuhrbestimmungen. Aufgrund der ungenügenden Grenzkontrolle wurde weiterhin Fett, Schokolade, Kakao und Kaffee aus der Schweiz geschmuggelt. Eine wirksame Verstärkung der Grenzkontrolle scheiterte an der Armeeführung. Diese weigerte sich lange, militärische Grenzschutztruppen für zollpolizeiliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. Als das Militär schliesslich grössere strafrechtliche Kompetenzen zugesprochen erhielt, begann im Sommer eine veritable „Jagd auf Schmuggler“. In der Bevölkerung verstärkte sich dadurch die Wahrnehmung, dass der kleine Schmuggler hart bestraft würde, die grossen Schieber und Kriegsprofiteure jedoch unbehelligt davon kämen.

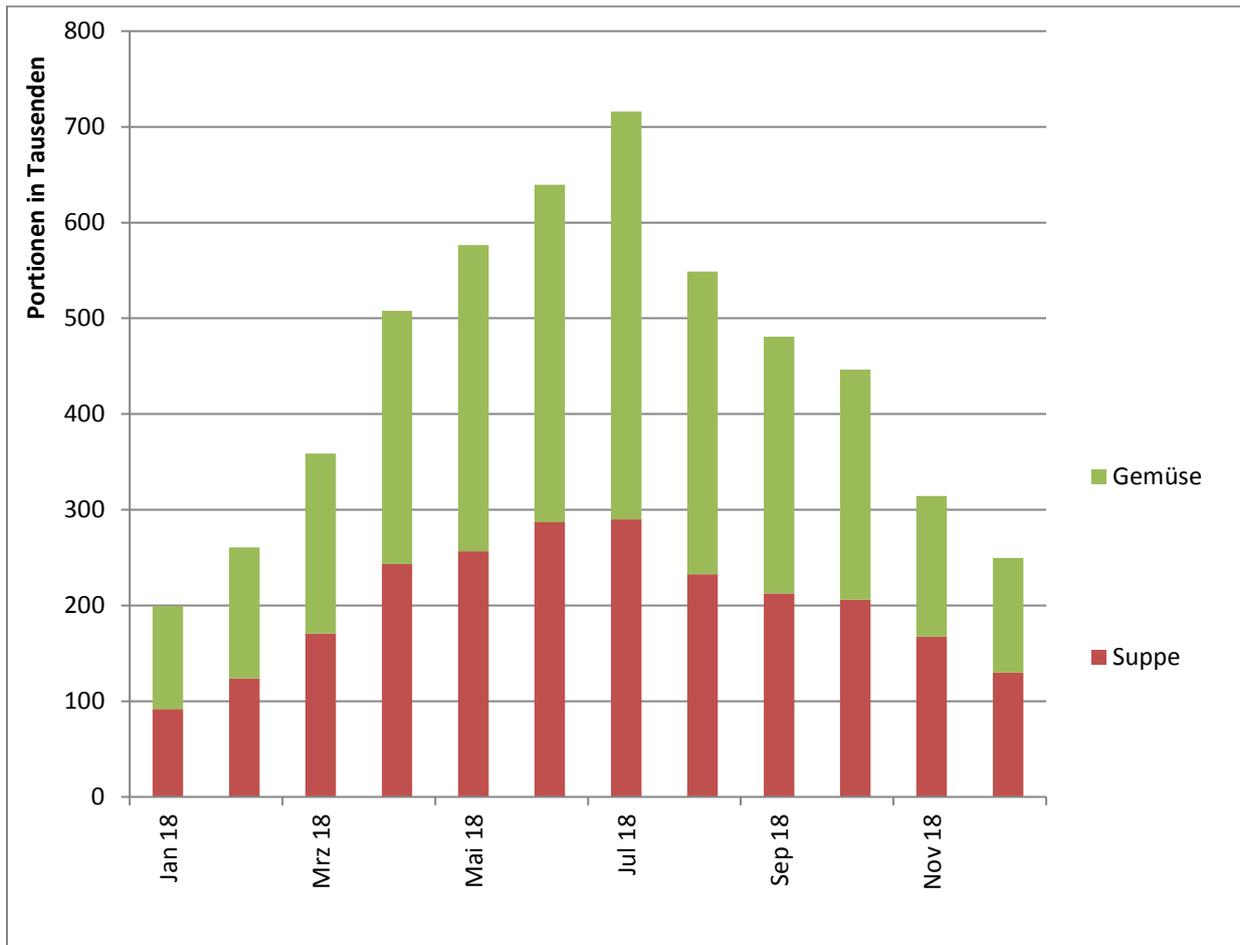
### ***Höhepunkt der Ernährungskrise im Sommer 1918***

Im Kontext dieser wachsenden Not und der zunehmenden sozialen Konflikte fand am 20. Juni 1918 in Basel die vierte grosse Teuerungsdemonstration statt. Im Anschluss daran kam es zu Ausschreitungen. Eine kleine Gruppe von Jungsozialisten zog nach der Versammlung durch die Strassen und stürmte, nachdem die Gäste zum Verlassen des Lokals aufgefordert worden waren, die Terrasse des Stadtcasinos. Das Casino galt als Ort, wo sich die soziale Ungerechtigkeit am deutlichsten zeigte, als Ort des Reichtums und Wohlstands inmitten von Notstand und sozialer Misere. Der Aufstand war damit nicht

nur ein Protest gegen die schlechte Versorgungslage, sondern vor allem gegen die Ungleichheit in der Ernährungsfrage und die Behörden, die diese Probleme nicht zu lösen vermochten.

Der «Casino-Sturm» rüttelte die Politik wach. In der Folge versuchte der Regierungsrat alle Kräfte zu mobilisieren, um die Ernährungssituation in Basel zu verbessern. Der eingangs erwähnte Ratschlag der Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse vom 4. Juli 1918 markiert gleichzeitig den Höhepunkt der Lebensmittelkrise in Basel, die an zwei Beispielen veranschaulicht werden.

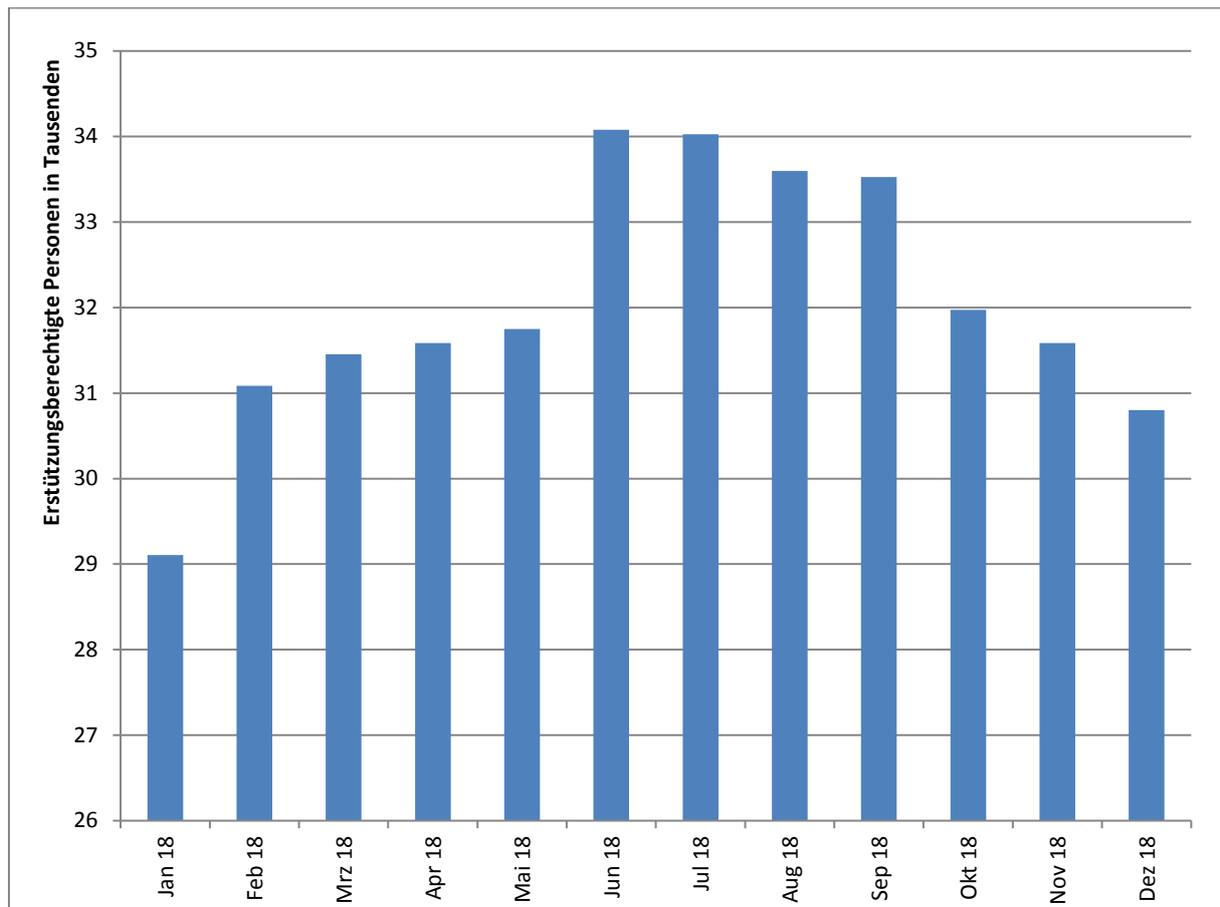
### Monatliche Frequenzen in der staatlichen Volksküche in Basel (ausgegebene Portionen)<sup>3</sup>



Am 4. Juli 1918, am selben Tag wie der Regierungsrat dem Parlament seinen Ratschlag vorlegte, gab die Basler Volksküche an ihren mittlerweile acht Standorten insgesamt 15'389 Portionen Suppe und 25'547 Portionen Gemüse ab. Damit verzeichnete die Volksküche ihren absoluten Besucherrekord.

<sup>3</sup> Monatliche Frequenz (Portionen) in der staatlichen Volksküche Januar – Dezember 1918, eigene Darstellung.

## Total notstandsberechtigte Personen in Basel im Jahr 1918<sup>4</sup>



Ebenfalls im Juni und Juli erreichte auch die Notstandsaktion die höchste Zahl von Unterstützungsberechtigten. In diesen Monaten waren rund 24,4% der ständigen Wohnbevölkerung, also insgesamt 34'079 Personen, notstandsberechtigt. Ihr Monatseinkommen war so tief, dass sie zum staatlich verbilligten Bezug von Milch, Brot, Kartoffeln und Brennmaterial berechtigt waren.

Beide Grafiken zeigen deutlich, dass die Versorgungskrise ihren Höhepunkt im Juli 1918 erreichte. Sie zeigen aber auch eine Entspannung in den Sommer- und Erntemonaten danach.

### *Anhaltende Lebensmittelnot trotz Entspannung in Versorgungsfragen*

Tatsächlich scheint sich die Ernährungslage in Basel ab August wieder etwas zu entspannen. Die Besucherzahlen in der Volksküche waren seit August rückläufig. Auch bei der Notstandsaktion gingen die Zahlen der Notstandsberechtigten zurück. Doch der Schein dieser positiven Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte trügt und erweist sich bei genauerem Hinschauen nicht als Entwarnung in Sachen Versorgung.

Zwar waren nach dem «Casino-Sturm» die Löhne vieler Arbeiter und Angestellten erstmals etwas gestiegen und in den Sommermonaten entschärfte eine gute Ernte in den knapp 9'000 städtischen Pflanzgärten Mangel und Knappheit. Doch die Lohnerhöhungen und -zulagen waren angesichts der Teuerung weiterhin unzureichend und auch die Erleichterungen aus den Gemüsegärten waren nur punktuell und vorübergehend.

<sup>4</sup> Anzahl notstandsberechtigte Personen Januar – Dezember 1918, eigene Darstellung.

Ausserdem ging der Rückgang in der Volksküche hauptsächlich auf besser gestellte Kreise zurück, die mit Beginn der Sommerferien und mit Hilfe eigener Gemüsegärten nicht mehr täglich auf das Volksküchenessen angewiesen waren.

Und schliesslich war der Rückgang bei der Notstandsaktion auf verschärfte Kontrollen der kantonalen Lebensmittelfürsorge zurückzuführen. Zahlreiche Familien, die im Juli eine kleine Lohnerhöhung erhalten hatten, wurden dadurch wieder aus der Notstandsaktion ausgeschlossen. Sie verloren mit dem Verlust der Notstandsunterstützung mehr, als sie durch die Lohnerhöhung zuvor gewonnen hatten.

Wie angespannt die Ernährungslage auch in der zweiten Hälfte des Jahres war, verdeutlichen viele Arztzeugnisse, die beim Kriegsfürsorgeamt wegen Mangel-, Unterernährung und Krankheit weiterhin eingingen. Die Grippewelle forderte auch in Basel Tausende Kranke und zahlreiche Tote. Noch im September 1918 sah sich das Markenbüro gezwungen, die Kriterien für die Mehrzuteilung von Lebensmitteln an kranke und alte Menschen zu verschärfen, um die Verteilung mit Monopolwaren, Milch und Brot aufrecht zu erhalten. Trotz des Rückgangs bei den beiden Fürsorgeeinrichtungen dauerten Lebensmittelnot, Ernährungskrise und Teuerung also den ganzen Sommer und Herbst über an.

### ***Die Rolle der Ernährungskrise im Landesstreik***

Die andauernd prekäre Ernährung, die Teuerung und vor allem die Verteilungleichheit im Zusammenhang mit der Lebensmittelpolitik waren, neben weiteren sozialen Fragen, treibende Kraft und zentrales Motiv für den Landesstreik in Basel. Auch in Basel hinterliessen Krieg und Landesstreik eine gesplattene und zerrissene Gesellschaft. Trennend wirkte vor allem der Umstand, dass sich Teuerung, Hunger und Mangel unterschiedlich auswirkten. Der staatlichen Kriegswirtschaft war es trotz massiven Anstrengungen ab 1917 nicht gelungen, diese Unterschiede auszugleichen.

Wenngleich die Versorgungsfragen im Herbst politisch nicht mehr die gleiche Brisanz aufwiesen wie noch im Frühling und Sommer, so dauerte die Lebensmittelnot in der Bevölkerung im Alltag weiter an und weit über den Waffenstillstand im November 1918 hinaus.